



Gemeinde Gersheim

Bliesstraße 19 a, 66453 Gersheim

Telefon 06843/ 801-0 (Zentrale)

Telefon 06843/ 801-101 (Frau Werner, Sekretariat Bürgermeister)

Telefax 06843/ 801-199

E-Mail info@gersheim.de, Internet www.gersheim.de

P R E S S E M I T T E I L U N G

Ausgabedatum: 19.02.2013

Diskussion um Steinbruch Rubenheim: Gemeinde will sachliche Debatte

Öffentliche Veranstaltung soll objektiv aufklären/ Gemeinde wird lediglich angehört, Entscheidung fällen Landesbehörden

Zur Diskussion um den Kalksteinbruch Rubenheim, der von der Firma NAPRU (steht für: Naturprodukte Rubenheim) betrieben wird, und dessen mögliche Erweiterung, hat sich Gersheims Bürgermeister Alexander Rubeck kritisch geäußert: „Wir brauchen keine Ratschläge von einzelnen Parteien aus dem Saarbrücker Landtag, die bei ihren Äußerungen teilweise die Unkenntnis der örtlichen Situation offenlegen. Sowohl der Gemeinderat Gersheim als auch die zuständigen Ortsräte Rubenheim und Herbitzheim sind alleine und ohne Ratschläge aus Saarbrücken in der Lage, sich ihre Meinung zu dem Thema im Rahmen einer sachlichen und unbeeinflussten Diskussion zu bilden.“ Dazu werde **nochmals darauf hingewiesen**, dass die **letztliche Entscheidung in der Hand der Landesbehörden**, insbesondere des Referats F2 „Landesplanung/ Bauleitplanung“ des Innenministeriums, liege. Die Gemeinde wird lediglich angehört.

Der Bürgermeister weist in diesem Zusammenhang darauf hin, dass sich der **Bau-, Natur- und Umweltausschuss** des Gemeinderates Gersheim bei einer regulären Sitzung **am 12. März 2013** während eines Ortstermins selbst ein Bild vom Betrieb und den Abbaubedingungen machen werde.

Außerdem werde die Gemeinde Gersheim zu einer öffentlichen Informationsveranstaltung mit Vertretern der zuständigen Landesbehörden einladen, wozu derzeit die Terminabstimmung laufe. Diese soll ausdrücklich der Information der betroffenen Gersheimer Bürger, insbesondere denen aus den Ortsteilen Rubenheim und Herbitzheim, dienen.

Rubeck stellte deshalb bereits im Vorfeld klar, dass es dabei um Aufklärung und sachliche Informationsvermittlung durch die entscheidenden Behörden und den Betreiber gehe. Es werde dort keinen Platz geben für Profilierung einzelner oder einzelner Parteien oder Gruppierungen auf Kosten der Aufklärung der Bürgerinnen und Bürger.